

II-3929 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2045/1J

1991-11-26

A n f r a g e

der Abg. Meisinger, Aumayr, Mag. Haupt, Mag. Praxmarer
an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie
betreffend Wasserwirtschaftsverband Unteres Rodltal

Pressemeldungen ist zu entnehmen, daß wegen der bevorstehenden Streichung
der Bundeszuschüsse für den Wasserwirtschaftsfonds die Finanzierung für
rund 70 Siedlungswasserbau-Projekte ungedeckt ist.

Der Abwasserverband "Unteres Rodltal" (Ableitung von Ottensheim nach
Linz-Asten) hat schon beträchtliche Vorleistungen erbracht, die damit
verbundene Förderung durch den Wasserwirtschaftsfonds wurde aber bisher
noch immer nicht schriftlich bestätigt.

Daher richten die unterzeichneten Abgeordneten an die Frau Bundesministerin
für Umwelt, Jugend und Familie in diesem Zusammenhang die nachstehende

A n f r a g e :

1. Wann kann der Abwasserverband "Unteres Rodltal" endlich mit der gültigen
schriftlichen Bestätigung der Zuschüsse aus dem Wasserwirtschaftsfonds
rechnen ?
2. Mit welcher Höhe sind die Gesamtbaukosten für dieses Projekt veranschlagt ?
3. Mit welcher Zuschußhöhe wäre aufgrund der derzeit geltenden Richtlinien
für dieses Projekt zu rechnen ?
4. Wie sieht der Finanzierungsplan bei einer angenommenen Bauzeit von zwei
Jahren aus ?
5. Wann werden Sie dem Abwasserverband "Unteres Rodltal" die an sich bereits
zugesagten Förderungsmittel auszahlen ?

Bund spart, Wasser bleibt dreckig

Der Wasserwirtschaftsfonds kann im kommenden Jahr keine neuen Abwassersanierungen fördern

STANDARD-Mitarbeiter
Michael J. Mayr

Wien – Rein äußerlich ist der Parteienverkehr im Wiener Umweltministerium sowie beim Wasserwirtschaftsfonds (WWF) in diesen Tagen nicht viel anders als jedes Jahr um diese Zeit: Bürgermeister, Obmänner von Wasserverbänden und Industriekapitäne aus allen Teilen Österreichs geben sich die Klinken in die Hand. Denn Mitte November fällt alljährlich im Fonds die Entscheidung über die Vergabe der staatlichen Zuschüsse zum Bau von Kanalisationen und Trinkwasserleitungen. Acht Milliarden Schilling

kann der Wasserwirtschaftsfonds (WWF) normalerweise dafür ausschütten.

Heuer plötzlich ist alles anders. Der Grund: Finanzminister Ferdinand Lacina will im Zuge seines „Sparbudgets 92“ ab sofort sämtliche Bundeszuschüsse an den WWF streichen – 1992 immerhin 2,676 Milliarden Schilling. Dem Fonds fehlt damit genau jener Sockelbetrag, mit dem neu beantragte Siedlungswasserbau-Projekten hätten gesponsert werden können.

Rund 70 Gemeinden und Betriebe (aus der Papierbranche etwa die Leykam-Mürztafer mit ihrem Verfahren einer chlorfreien Zellstoff-Bleiche)

drohen so um ihre Wassersanierung umzufallen.

Die für den 13. November angesetzte Vergabesitzung im Fonds ist bereits abgeblasen. „Wir können nur noch die Verpflichtungen für die laufenden Projekte erfüllen, aber nichts Neues mehr fördern“, erklärt die Generaldirektorin des WWF, Christa Voigt.

Entsprechend die Proteste von Bürgermeistern und anderen Projektwerbern. Auch die Bundesingenieurkammer und die Vereinigung für das Gas- und Wasserfach (ÖVGW) wollen sich dem Protest anschließen. Nach dem Lacina-Entscheid orten sie gar ein „Fiasco der heimischen Was-

serwirtschaft“, so der Titel einer für kommenden Dienstag angekündigten gemeinsamen Pressekonferenz in Wien.

Entschieden ist noch nichts, müht man sich derweil im Umweltministerium die Wogen zu glätten. Im Regen der Entrüstung über die fehlenden 2,7 Wasserbau-Milliarden im nächstjährigen Budget steht nämlich weniger Minister Lacina, als vielmehr Koalitionskollegin Feldgrill-Zankel.

Daß ein Finanzminister sparen wolle, heißt es allenthalben, sei verständlich. Nicht jedoch, daß ausgerechnet die Umweltministerin dafür den Gewässerschutz opfere. Peter Biberschick von der Bundesingenieurkammer: „Seit einem Jahr haben wir ein Wasserrechtsgesetz, das in aller Welt als modellhaft gilt. Außerdem wurde im Koalitionsabkommen bundesweit Gewässergüte II als Regierungsziel festgeschrieben. Die nunmehrige Sparerei hier läßt das alles zur Farce werden.“

In der Tat wird zur Zeit jeder Schilling gebraucht, um Österreich in punkto Kanalisation, Kläranlagen, Trinkwasserversorgung, Altlastensanierung und Stickstoffentsorgung auf den vom Wasserrechtsgesetz geforderten Standard zu bringen. Auch hinsichtlich des geplanten EG-Beitritts bedarf es hier besonderer Anstrengung. Beispiel Nitrat: Die EG-Obergrenze liegt bei 50 Milligramm pro Liter Trinkwasser, in Öster-

reich beim Doppelten, wobei sie in vielen Regionen noch weit überschritten wird.

Laut Auskunft der neun Wasserbauämter sind demnach für Kanalisation und Trinkwasserversorgung allein österreichweit 162 Milliarden Schilling vonnöten. WWF-Dirkitor Voigt schätzt den Aufholbedarf beim Gewässerschutz insgesamt sogar auf 250 Milliarden Schilling. „Das Wasserrecht verursacht Kosten, die vorher offenbar niemand kalkuliert hat.“

Einziger Ausweg laut Voigt: Höhere Anschlußgebühren und eine Abwasserabgabe nach Verursacherprinzip. „Minister Lacina wollte hier offensichtlich einen Anstoß geben“, bringt sie für den Partikollegen Verständnis auf.

Industrie warnt

Wien – Die Industriellenvereinigung warnt vor „unbedachten Schritten“ im Zuge der eventuellen Einführung einer Abwasserabgabe. Die Industrie bezweifelt die Effizienz der angestrebten ökologischen Lenkungswirkung. Das heimische Wasserrecht erlaube ohnehin nur die Genehmigung von Kläranlagen, die dem jüngsten Stand der Technik entsprechen. Über dies würden die relativ kurzen Befristungen der Wassernutzungsberechte ohnehin eine fortwährende Anpassung an den Stand der Technik gewährleisten, argumentiert die Industrie. (PdI)